

## Zellenbildung als Einheitsfront

Wir haben bereits den neuesten kommunistischen Schwund besprochen, der in der Form „Arbeiterkomitee“ auftritt. Der in der Roten Fahne veröffentlichre ausführliche Bericht über die Tagung des kommunistischen Zentralausschusses gibt für jeden, der eben will, zu erkennen, daß die neue Parole „Arbeiterkomitee“ lediglich auf antikommunistischen Gründen hinzugetragen ist, nur dann in die Augen für die Arbeiter sein sollen, ebenso wie die Parole der Einheitsfront.

Eine Reihe von Mitgliedern des Zentralausschusses hat sich denn auch gegen die Arbeiterkomitees ausgesprochen, allerdings nicht, um das Spiel zu verhindern, sondern weil die Redner darin eine Gefahr für die R.R.D. sehen erklärten. Stoeber z. B. sieht in der Einheitsfrontfront die „Gefahr, daß die Arbeiter sich politisch und ideologisch auf antikommunistischen Gründen hinzugetragen.“ Arbeiterkomitees hält er für überflüssig, denn: „Wo wir stark sind, haben wir die Betriebsräte für uns; wo wir schwach sind, werden Städtische gebildet, in denen wir ohne Einfluss sind“. Stoeber behauptet sogar, daß der Kampf gegen die S.P.D. und D.S.P. führt durch die Einheitsfront politisch gelitten“ habe. Schönau erklärte, daß die Arbeiterkomitees „den vielen anderen Beziehungen gewandt sind, die so gänzlich im Bogen stehen. Wo wir schwach sind, sind diese Dinge frei; wo wir stark sind, sind sie überflüssig. Verteillose Komitees würden nur die politischen Tendenzen (!!) der deutschen Arbeiterschaft stärken.“

Ein anderer Rechner hält es für verfehlt, jede Arbeiterkomitee zu schaffen, denn „die Gesamt besteht, daß sie die Form vom Arbeitergemeinschaften annehmen. So auch vor dem Zentralausschuß die Frage gestellt werden, wie wir während der Periode der Einheitsfront die S.P.D. und D.S.P. bekämpfen. Wir müssen es offen und klar ausdrücken, daß wir von der Einheitsfront Revolutionsarbeit der Arbeiterschaft erwarteten. Der Ausgangspunkt bei der Einheitsfront liegt da, wo S.P.D. und D.S.P. nicht mit uns zum revolutionären Kampf zu bringen sind.“

Aber Ernst Meier gibt als Rekord der Sozialer erst die richtige Deutung. Er glaubt, daß die Arbeiterkomitees den Kommunisten gute Dienste leisten würden. Allerdings müßten sie das Hauptgewicht auf die Gewerkschaften und auf die Betriebe legen. Wo diese kapitalistische vorherrschen, müssen die Arbeiterkomitees überflüssig. Er weist also ganz klar aus, daß diese neue Erfindung lediglich dort Platz greifen soll, wo die Kommunisten kein einflussreich sind. Um so ausführlicher werden unter Bemühungen die Parole gegenüberstehen und kommunistische Wünsche nach Schaffung solcher Arbeiterkomitees als das kennzeichnen müssen, was sie sind, nämlich als neuesten Versuch einer Paukierung.

Der Arbeitschöpfer werden muss noch, daß der Metallarbeiter-Volksrat von andern Kommunisten aufgestellte Schauplätzung besteht, daß eine Rätefront nicht aus den Gewerkschaften stattfindet. Dafür kommt auch über die Sozialer, die aus der geistigen Arbeit der Union droben. Die Union hat Zellen in der Kommunistischen Partei, aber die Partei hat keine Zellen in der Union. Die Kommunisten sind verpflichtet, ebenfalls, auch in der Union, kommunistische Gruppierungen zu bilden.“

Das heißt also: Wir reden von der Einheitsfront, meinen aber die Zellenbildung. Und die sozialdemokratischen Arbeiter alle das glauben.

Auch das Organ der Unabhängigen, die Freiheit, wendet sich mit erfreulicher Entschiedenheit gegen den Schwundplan mit den „parteilosen Arbeiterkomitees“, den die R.R.D. auf ihrer letzten Konferenz ausgeholt hat. Der Freiheit scheint dieser Plan gerade deshalb befürchtet, weil sie in ihm eine gewisse Wiederholung der alten Parole „Alle Macht dem Rat“ zu erkennen glaubt. In diesem Sinne schreibt sie:

Das Element der Tagung ist aber die neue Parole des sogenannten Arbeiterkomitees. Das ist etwas wie eine Revolutionsrichtung der politischen Arbeiterschaft. Um den Vortrupp soll sich die sogenannte „Rätefront“ organisatorisch gegen die „territorien“ führen.“

Und der Zweck dieser ganzen Nutzung? Mein hat es offen gesagt und die angenommene Revolution bestätigt es noch einmal: Die einheitliche Zusammenfassung der proletarischen Streitkräfte ist die Vorstufe des Angriffskampfes für die Diktatur der Arbeiterschaft, für die Rätesewalt und die Zelle des Kommunismus.“

Wir können noch alledelem den Berufsschülern führen, der Arbeiterschaft“ nur raten, ihre Zeit mit nützlichen Dingen auszufüllen, anstatt mit Schauspielerinnen, revolutionären Theatern und Lüfteltern über Arbeiterkomitees und vergleichen mehr. Es würde ihnen und besonders den Interessen der Arbeiterschaft mehr gefallen sein.

Die neue Freiheit-Mediation rückt also mit einer Entscheidlichkeit zu der Seite der vorzeitig diplomatisierende alte Rätefront niemals aufgeschwungen hat, vom dem Leipziger Konsensprogramm der U.S.P. ab. Das wird jedem klar, der sich den Wortlaut dieses famosen Programms vergegenwärtigt. Darin steht es:

## Leben • Wissen • Kunst

### 25 Jahre drahtlose Telegraphie

Die drahtlose Telegraphie kann in diesen Tagen auf ein zweitjahrhundert ihres Bestehens zurückblicken, das am 14. Mai 1879 übermittelte Marconi zum erstenmal auf drahtlosem Wege einen Buchstaben von der Höhe von Liverpool-Punkt bis Cardiff nach der kleinen Insel Gloskholm im Westkanal. Dieser ersten öffentlichen Vorstellung des neuen Tonleitens wohnt die deutsche Elektrotechniker Slawoniel, und er hat dann mit seinem Assistenten, dem Grafen d' Arcos, bald wesentliche Verbesserungen durchgeführt und das System Slawoniel geschaffen. Graf Arcos, der an der Ausgestaltung der drahtlosen Telegraphie einen bedeutenden Anteil genommen hat und Direktor der deutschen Telefon-Gesellschaft ist, veröffentlicht nun aus Anlaß dieses Jubiläums in der Presse einen australischen Aufsatz, indem er sagt mit den Erinnerungen der drahtlosen Telegraphie und ihren geistigen Möglichkeiten beschäftigt. Wenn man debüttiert, heißt die Reaktion des drahtlosen Telegramms 1869 nur 48 Kilometer betrug und in dem fortgeschrittenen Konkurrenzfeld, hauptsächlich auch durch deutsche Arbeit, jetzt bis zu einer Entfernung von etwa 2000 Kilometern gesteigert ist, so erzielt man, daß in dieser Strecke die drahtlose Telegraphie ist heute zur Tatsache geworden, und sie ist bereits der praktischen Verwertung übergeben, in welche sogar schon zu einer Art Sport geworden. „1883 sendete Marconi von England aus seine ersten Signale nach Kanada.“ Dieses Experiment, sagt Graf Arcos, entscheidet über die allgemeine Ausbreitung des drahtlosen Technik. Auf dem 3000 Kilometer langen Weg steht, wenn man vom Sender aus den Empfänger in gerader Linie ansetzt, in der Mitte ein 200 Kilometer hoher Wasserfall. Die Erd- und Wasseroberfläche ist aber leitend, und die halbdreieckige Streitung folgt der Erdelzung. Die elektrischen Wellen erzeugen auf diesem gekrümmten Wege den Empfänger. Das ergab der Testbericht 1908, und damit war der Erfolg der drahtlosen Technik entschieden. Während sich die europäischen Männer im Weltkrieg zielstreitig stießen, um auszusehen, die Zeiträume der Radionachrichten und Fernwahlen alle Entfernung, die es auf unterm Planeten gibt.“ Reihen der Nachwirkung der Entfernung durch die verschiedenen Schwellenwerte der Sender- und Empfangseinrichtungen. Söhne Graf Arcos fort, daß die Entwicklung der ersten 25 Jahre auch eine enorme Steigerung der täglichen Telegraphieleistung gebracht. Die Schnellübertragung der Telegramme ist heute zu einer Geschwindigkeit von

100- und mehr Wörtern pro Minute gelöst.“ Aber auch die drahtlose Telefonie wurde selbst für die Leistungen größter Sendeanlagen durchgeführt, und eigentlich Teilnehmer eines beliebigen Telefonnetzes kann so mit jedem andern Teilnehmer eines andern Netzes direkt sprechen. Diese Verbindung der gewöhnlichen Telefone mit der drahtlosen ist von höchster Bedeutung, und schon heute spricht mancher, der eine telefonische Fernverbindung verlangt, „drahtlos auf drahtlosem Wege.“ Die Verbindungen zwischen Draht und Drahtlos“ werden immer enger“, sagt Arcos. „Die elektrischen Schwingungen können auf vorhandene Leitungslinien übertragen und von den Leitungsträgern fortgeführt werden, und zwar gleichzeitig neben gewöhnlichen Schaltlinien für Telegrafie und Fernsprech auf diesen Schwingungen. Es werden dann, unabhängig von der Schaltlinienleitung, noch ein oder mehrere Aufnahmestellen, eventuell noch mehrere auf einer Doppelleitung gelegt. Zwischen mehreren größeren Städten Deutschlands in diese neue Technik bereits in Anwendung. Noch in einem anderen Hinsicht berichtet sich die alte Radioradiotelegraphie immer häufiger mit den neuen. Die drahtlose Technik, die an einem gewissen Ort einen bestimmten Adressaten und hier jedes Gespräch, wenn gewünscht, gleichzeitig an Hunderte von Adressen führen zu einer immer plausibleren Zusammenfassung von Draht zu Draht. Das voraussichtliche Ideal mit einem Minimum von Aufwand, einem Maximum an Drahtlos, Drahtlosem und Adressaten zu Ende gedacht, führt zu einer großen, die ganze Erde bedeckenden Organisation, bei welcher getrennte örtliche Leistungen mit andern entfernen doch durch Draht oder Kabel, doch durch elektrische Strahlung verbunden werden. Wie im Wettkampf zwischen Gaslicht und Elektrizität lange Zeit hindurch führte die Alternatide gefightet war: Gas oder Elektrizität, so wurde auch beim Nachrichtenwechsel der Zukunft nicht gefragt werden: Draht oder drahtlos, sondern nur in der Zusammenfassung beider Methoden wird die höchstmögliche Leistung und Economie erreicht und in Form eines verbesserten Gedanken austausches ein wichtiges Kulturmittel geschaffen, welches geeignet ist, die Kulturwerte der Erde in Zukunft zu einem.“

### Gebäude des Residenz-Theaters

50 Jahre sind es heute, seit im Theater in der Bismarckstraße zum ersten Mal vor den Dreidwern der Vorhang in die Höhe ging. Damals wie das Haus Residenz-Theater, den jungen Roman erschien erst 1873, nachdem es in der kurzen Zeit wiederholt den Direktor gewechselt hatte. Es dauerte auch noch eine Reihe von Jahren, ehe stabile Verhältnisse eingetreten. Dies geschah 1878, als Engelbert Kast die Zeitung übernahm. Er behielt sie bis zu seinem Tode 1901.

## Arbeit für den Völkerbund

### Eigener Bericht

Genna, 16. Mai, 10 Uhr abends.

Die einladenden Mägde hielten heute nachmittag zur Eröffnung schwedischer Fragen eine Sitzung ab. Zahl sämtliche zur Erörterung stehenden Fragen wurden dem Völkerbund übertragen. Als ersten Punkt wurde die ethnographische und die litauische Grenzfrage besprochen. Lloyd George vertrat darauf, daß diese Frage einer schnelleren Regelung bedürfe, da sie sonst eine Gefahr für die Zukunft bedeute, anderseits nur ein vorläufiger Friedenspakt zu Gunsten geschlossen werde. Die Angelegenheit wurde dann zur dringenden Erledigung dem Völkerbund übertragen. Bezuglich der Minderheitfrage, die von Bulgarien und Ungarn angekündigt worden war, wurde eine schriftliche Einsicht an den Völkerbund empfohlen. Der ungarische Botschafter, einen Posten am Mittelmeeren gegen die S.P.D. und U.S.P. hält durch die Einheitsfront einen starken Einfluß, was die politische Macht als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen und in ihr alle Hand- und Kapitalmacht zusammenzufassen und sie zu Schulen für die Diktatur des Proletariats.

Die politische Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates wird mit der Eröberung der politischen Macht durch das Proletariat zertrümmer. An ihre Stelle treten die politischen Arbeiterräte als Herrschaftsorganisation des Proletariats. Sie vereinigen sich in Gottschee und Vermaltung... Die unabhängige Sozialdemokratische Partei setzt die Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates die proletarische Herrschaftsorganisation auf der Grundlage des politischen Rätesystems entgegen, dem Bürgerlichen Parlament, dem Reichstag und dem Reichsrat der Bourgeoisie, dem revolutionären Rätesystem.

Die politische Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates wird mit der Eröberung der politischen Macht durch das Proletariat zertrümmer. An ihre Stelle treten die politischen Arbeiterräte als Herrschaftsorganisation des Proletariats. Sie vereinigen sich in Gottschee und Vermaltung... Die unabhängige Sozialdemokratische Partei setzt die Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates die proletarische Herrschaftsorganisation auf der Grundlage des politischen Rätesystems entgegen, dem Bürgerlichen Parlament, dem Reichstag und dem Reichsrat der Bourgeoisie, dem revolutionären Rätesystem.

## Soziale Gesetzgebung

### Deutscher Reichstag

212. Sitzung vom 17. Mai, 11 Uhr vormittags  
In der fortgesetzten Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums läuft:

Reichsarbeitssminister Dr. Brauns

u. a. aus: Die Züle der vom Reichsarbeitssministerium angeführten Gesetzentwürfe hat vielfach eine Art hervorgerufen, die sowohl in erster, wie im spätesten Ton gehalten war. Sie ist aber nicht geeignet, wie einzuschließen, ich werde vielleicht auf dem von mir beschriebenen Wege fortfahren. Die Bedenken wirtschaftlicher und finanzieller Art sind nicht unbedenklich geblieben. Die Abhängigkeit des Sozialpolitik von der Wirtschaft und den Staatsfinanzen ist dem Reichsarbeitssministerium durchaus bewußt, und es hat die durch diese Abhängigkeit gebotenen Grenzen nicht übertritten. Aber es ist auch nicht vorgesehen worden, daß die Umwidmung des Hauses 1918 nicht nur eine politische, sondern in hohem Maße eine soziale Besserung.

Die Abhängigkeit der Arbeiterschaften ist nicht mehr ausreichend.

Die gegenwärtigen Epoche dazu dienen werden, alle Teile unserer Gesellschaft vermögen zu lassen, als das bisher der Fall war. Mit Benutzung kann geschafft werden, daß die deutsche Arbeitserstellung und Arbeitssfreiheit wieder sonst gestiegen ist, daß Deutschland in diesem Punkte hinter keinen anderen Landen zurücksteht. Trotz der enormen Steuerung und sonstigen anderen sozialen Momenten hat sich der Arbeiterschaft bedeutend gefreit. Das noch mehr bei Fall sein, wenn die einzuliegenden Gesetze erst ihre volle praktische Anwendung finden und wenn vor allen Dingen alle Beteiligten auf dem Wege der Gesetzgebung eingesetzt.

Von der großen Zahl der Gesetze und Verordnungen und der unausgefehlten Veränderung des Geldwertes kann die Gesetzgebung nur jährlinie der Entwicklung folgen. Immer wieder sind neue Maßnahmen notwendig, die nicht nur dem Bürger, sondern auch dem Wirtschaftsminister bewußt sind. Aber das Reichsarbeitssministerium möglicherweise soll sich alle Stifteter bewußt sein — die Gesetze nicht zu seinem Vergnügen. Man kann vielleicht über den bureaucratischen Apparatus dazu sagen, daß man bei aller sozialpolitischen Selbstverwaltung ohne staatliche Eingriffe von dem Menschen für die Befreiung der Wohnungsbau eben in höherem Maße fortgesetzt werden kann. Die gewöhnliche Einschränkung der Verpflichtungsschulden wird die Regierung erst dann zu einer Stellungnahme veranlassen können, wenn tatsächlich welche Vermögensverluste nach der Umgestaltung des Reichsverfassungswesens auf die Verpflichtungsschulden verstreichen. Eine Vereinfachung der sozialen Reformen sollen mit Kraft durchgeführt werden, so weit möglich.

Der Kampf in der süddeutschen Metallindustrie

droht sich über ganz Deutschland auszudehnen, daher halte ich mich verständig, von dieser Stelle aus alle Beteiligten eindeutig zu ermahnen, unter Ausschließung der gundäpplichen Differenzen noch in letzter Stunde einen Ausgleich anzustreben. Die Erringung über das Reichsmietengesetz ist erfreulicherweise im Abkommen begriffen, da sich allemal beide Teile von dem Wert des Gesetzes überzeugen. Trotz der enormen Kostensteigerung in Wohnungsbau nicht die Befreiung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der Vergabezeit die Anzahl zu erhöhen, daß mit der Einführung der Mietverhälften auch der Abhundert wieder eingesetzt soll. Die Stifteter des Gesetzentwurfs werden dem Reichstag zur Beschlussfassung übertragen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeiterräte ist im Steinlohnvertrag nicht die Regelung als ein Vorsatz an, das gehoben werden mußte, um von der